Prüfaufträge der Fraktionen zum Haushalt 2018 ff.

Lfd.	Fraktion	Antrags-	Prüfauftrag	Zust.	Beschluss
Nr.	Gremium	datum		FD	Finanzausschuss
1	CDU	13.03.2018	Die Verwaltung soll eruieren, inwieweit bei den freien Trägern der Kindertagesstätten das Interesse besteht, städtische Kindertagesstätten zu übernehmen. Soweit Interesse signalisiert wird, sind die Konditionen darzustellen bzw. im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsprüfung mit den städtischen Kindertagesstätten zu vergleichen. Dazu sollen insbesondere schriftliche Stellungnahmen bei den größeren freien Trägern, wie AWO, DRK und der Kirche, eingeholt werden.	51	Einstimmig beschlossen
2	CDU	13.03.2018	Im Wege einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ist zu prüfen, ob bzw. inwieweit die Aufstellung eines städtischen Hausmeisterpools zu Einsparungen führen kann.	65	Einstimmig beschlossen
3	CDU	13.03.2018	Bisher kooperieren die Bauhöfe der Städte Wunstorf und Neustadt a. Rbge. sowie der Samtgemeinde Sachsenhagen nur im Rahmen einer Einkaufskooperation, d.h. größere Maschinen und Gerätschaften werden an nur einer Stelle beschafft und daraufhin gegenseitig ausgeliehen. Es ist zu prüfen, inwieweit die Kooperation ausgeweitet werden kann. Hierbei ist auch zu untersuchen, ob es sinnvoll ist, die betreffenden Bauhöfe in einer gemeinsamen Einrichtung zusammenzufassen.	66	Einstimmig beschlossen
4	CDU	13.03.2018	Die Region Hannover und andere Stellen bieten kostenpflichtig als externe Dienstleister die Übernahme der Bezüge- und Gehaltsabrechnung an. Es ist zu prüfen, ob die Fremdvergabe sich als kostengünstigere Variante zur derzeitigen Durchführung der Abrechnungen in der Verwaltung darstellt. Weiterhin ist zu untersuchen, für welche anderen Aufgaben wirtschaftliche Auslagerungsmöglichkeiten bestehen.		Einstimmig beschlossen
5	CDU	13.03.2018	Es ist zu prüfen, inwieweit es möglich ist, einen Mitarbeiterpool für Ordnungsangelegenheiten zu bilden (Ordnungsreferat). So könnten beispielsweise die Aufgaben – Überwachung des ruhenden Verkehrs, Überwachung des fließenden Verkehrs, Aufgaben der Waffenbehörde – durch Mitarbeiter dieses Pools bei entsprechender Qualifizierung erledigt werden.	32	Einstimmig beschlossen

Lfd. Nr.	Fraktion Gremium	Antrags- datum	Prüfauftrag	Zust. FD	Beschluss Finanzausschuss
6a	Bündnis90/ Die Grü- nen/ Die Linke	28.01.2018	Einstellung von 100.000 EUR für die Installation von BHKW's in energieintensiven städtischen Gebäuden.	. 5	T III III II
6b	UWG	22.02.2018	Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Aktualisierung der Informationsdrucksache Nr. 200/2012 – Künftiger Sanierungsbedarf an Neustädter Schulen (ohne Sporthallen) zu veranlassen.		
бс	UWG	22.02.2018	Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Aktualisierung der Informationsdrucksache Nr. 199/2012 – Künftiger Sanierungsbedarf an städtischen Sporthallen- zu veranlassen.		
6d	UWG	22.02.2018	Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Informationsdrucksache zu erstellen. In der Drucksache soll der Sanierungsbedarf an städtischen Elementarerziehungseinrichtungen analog der Info- Drucksachen 200/2012 und 199/2012 dargestellt werden.		
			Anmerkung der Verwaltung: Diese Anträge zum Haushalt sind in der Sitzung des Finanzausschusses am 27.03.2018 einvernehmlich in den nachfolgenden Prüfauftrag integriert worden. Zusätzliche Haushaltsmittel sollen im Haushaltsjahr 2018 hierfür nicht bereitgestellt werden.		
6e	CDU	13.03.2018	Es ist seitens der Verwaltung mit Blick auf einen Eckwertebeschluss eine Liste vorzulegen, in welcher die städtischen Objekte/Gebäude dargestellt sind, die in den nächsten 2 Jahren in Abgang gestellt werden können. Weiterhin ist eine Liste zu erstellen, aus der ersichtlich ist, welche Gebäude technisch erfolgreich mit dem Ziel der Energiekosteneinsparung saniert werden können.	65 20	Einstimmig beschlossen
	Finanzaus- schuss	27.03.2018	In Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsbetriebe Neustadt am Rübenberge GmbH ist zu prüfen, ob die Entwicklung eines Energiecontracting realisiert werden kann.		

Lfd.	Fraktion	Antrags-	Prüfauftrag	Zust.	Beschluss
Nr.	Gremium	datum		FD	Finanzausschuss
7	FDP	13.03.2018	In der Vergangenheit ist es am Nordufer des Steinhuder Meeres mehrmals zu	66	Einstimmig
			Problemen bei der Umsetzung von Maßnahmen auf Flächen zwischen Uferweg und		beschlossen
			Meer gekommen, da die betreffenden Flächen der Region Hannover gehören und		
			diese vorab entsprechend in Entscheidungen einzubeziehen ist.		
			Es ist daher zu prüfen, ob und zu welchen Konditionen eine Nutzungsvereinbarung		
			für diese Flächen mit der Region Hannover abgeschlossen werden kann.		
			Die Erstattung der Reinigungsleistungen der Region Hannover als		
			Gegenfinanzierung der Aufwendungen im Rahmen der Kalkulation der		
			Tourismusbeiträge soll dabei unberührt bleiben.		
8	Bündnis90/	27.03.2018	Die Funktionalität der Internetverbindung in der Flüchtlingsunterkunft	10	Einstimmig
	Die		Bunsenstraße (Gemeinschaftsraum) soll überprüft und, wenn notwendig,	65	beschlossen
	Grünen/		verbessert werden.		
	Die Linke	00.01.0010			
9	Bündnis90/ Die	28.01.2018	Im Haushalt 2018 werden 10.000 EUR eingestellt, um ein Kultur- und Sozialticket	51	
	Grünen/		für sozial Benachteiligte zu finanzieren. Weiter beantragen wir, dass die Verwaltung ein Konzept zur Einführung des Kultur- und Sozialtickets für Neustadt a. Rbge. bis		
	Die Linke		zum 01.06.2018 als Beschlussvorschlag vorlegen soll.		
	Die Linke		Zum 01.00.2010 als Deschiussvorschlag vonegen son.		
			Anmerkung der Verwaltung:		
			Dieser Antrag zum Haushalt ist in der Sitzung des Finanzausschusses am 27.03.2018		
			einvernehmlich in den nachfolgenden Prüfauftrag umgedeutet worden. Zusätzliche		
			Haushaltsmittel sollen im Haushaltsjahr 2018 hierfür nicht bereitgestellt werden.		
	Finanzaus-	27.03.2018	Die Verwaltung soll prüfen, welche Vergünstigungen von den Veranstaltern (z. B.		Einstimmig
	schuss		Musikschule) für sozial Benachteiligte bereits gewährt werden bzw. wie diesen im		beschlossen
			Rahmen der Gewährung von städtischen Zuschüssen die Gewährung von		
			Vergünstigungen aufgegeben werden kann.		

Lfd. Nr.	Fraktion Gremium	Antrags- datum	Prüfauftrag	Zust. FD	Beschluss Finanzausschuss
10	UWG	31.01.2018	In den Haushalt 2018 werden Planungsmittel zum Bau von 8 allgemeinen Unterrichtsräumen für die KGS in auskömmlicher Höhe eingestellt.	40 65	T IIIaiiZau33Ciiu33
			Anmerkung der Verwaltung: Dieser Antrag zum Haushalt ist in der Sitzung des Finanzausschusses am 27.03.2018 einvernehmlich in den nachfolgenden Prüfauftrag umgedeutet worden. Zusätzliche Haushaltsmittel sollen im Haushaltsjahr 2018 hierfür nicht bereitgestellt werden.		
	Finanzaus- schuss	27.03.2018	Die Verwaltung soll gemeinsam mit der KGS zeitnah ein Konzept erarbeiten, wie der notwendige Raumbedarf ab dem Jahr 2020 gestaltet werden soll. Hierbei sollen die Erkenntnisse aus der Planung für das Gymnasiums mit einfließen.		Einstimmig beschlossen
11	CDU SPD	09.01.2018	Die Verwaltung möge prüfen, ob die Beschaffung (Aufstellung) von bis zu 3 stationären Messstellen mit einer flexiblen Messkamera unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Kriterien sinnvoll ist (Antrag aus der Finanzausschusssitzung am 09.01.2018).	32	Mehrheitlich beschlossen
12.	CDU SPD	13.3.2018	Der Rat beschließt als Selbstbindung zur Schaffung von öffentlich geförderten bzw. bezahlbaren Wohnraum, in allen geeigneten Bebauungsplänen (Neuaufstellung und Bestand) Flächen für den sozialen Wohnungsbau auszuweisen. Als Zielvorgabe werden 20% für sozialen und 20% für bezahlbaren Wohnungsbau formuliert. Sofern Planflächen als nicht geeignet angesehen werden oder abweichende Zielvorgaben verfolgt werden, ist dieses zu begründen. Die Verwaltung wird beauftragt in einer Vorlage geeignete Flächen zu ermitteln, auf denen sozialer Wohnungsbau stattfinden kann und die Voraussetzungen für eine Umsetzung darstellen. Hierzu gehören auch Flächen, für die eine gewerbliche Nutzung vorgesehen war, die sich aber nicht realisieren lässt. Die Verwaltung wird beauftragt, mit Wohnungsgenossenschaften und anderen geeigneten Vermietern im öffentlich geförderten Wohnraum Verhandlungen aufzunehmen um diese zu entsprechenden Baumaßnahmen zu ermuntern. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Fördergelder für diese Projekte durch Region und Land zu generieren.	61	Mehrheitlich beschlossen

Die Verwaltung wird beauftragt, für wirtschaftlich nicht mehr darstellbare städtische Objekte (Sanierungsstau. energetischer Zustand, Wohnstandards) mit Wohnungsbauträgern und Grundstücksentwicklungsgesellschaft, wie der GEG,	
entsprechende Modelle zu entwickeln. Hierfür bieten sich Objekte an, die einen baulichen Zusammenhang bilden. Die Verwaltung wird beauftragt, über die Beschlussumsetzung im Fachausschuss regelmäßig zu berichten.	

Folgende Prüfaufträge wurden ergänzt bzw. aus einem Haushaltsantrag heraus entwickelt:

Lfd.	Fraktion	Antrags-	Prüfauftrag	Zust.	Beschluss
Nr.		datum		FD	Finanzausschuss
1	Finanzaus-	27.03.2018	Die Verwaltung möge prüfen, inwieweit die Relationen (ideell als auch monetär) bei	40	Mehrheitlich
	schuss		der Gewährung von freiwilligen Zuschüssen (z.B. Musikschule, Bäder) gewahrt sind.	50	beschlossen

Folgende Prüfaufträge wurden zurückgezogen:

Lfd.	Fraktion	Antrags-	Prüfauftrag	Zust.	Beschluss
Nr.		datum		FD	Finanzausschuss
1	FDP	13.03.2018	Die Verwaltung soll konzeptionell prüfen, inwieweit die vollständige Abschaffung		Zurückgezogen,
			der Straßenausbaubeiträge möglich ist		da ähnl. Antrag
					bereits vorliegt.
2	Bündnis90/	28.01.2018	Die Stadtverwaltung entwickelt eine Bescheinigung, die es Menschen mit		Zurückgezogen
	Die		vorübergehender Mobilitätseinschränkung ermöglicht, öffentliche		
	Grünen/		Behindertenparkplätze in Neustadt a. Rbge. zu nutzen.		
	Die Linke				